

Nur McDonalds sorgte für Biss

Fast Food-Streit war Höhepunkt einer ansonsten faden BVV-Sitzung

Kreuzberg. Ziemlich ruhig ging es bei der jüngsten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu. Nur einmal wurden die Vertreter aller Fraktionen munter. Nämlich als es um das derzeitige Aufreger-Thema, den Bau einer McDonalds-Filiale in Kreuzberg ging.

Ausgangspunkt der leidenschaftlichen und bisweilen witzigen Debatte war ein Antrag von Bündnis90/Grüne. Der forderte das Bezirksamt auf, in weiteren Gesprächen mit dem Konzern den Bau des geplanten McDrive an der Skalitzer-/ Ecke Wrangelstraße doch noch zu verhindern.

„Uns ist auch klar, dass da juristisch nichts mehr zu machen ist“, räumte der Grünen-Verordnete Daniel Weesener ein. Aber vielleicht helfe ja politischer Druck. Außerdem verlangte der Antrag künftig auch

bei anderen Imbissbetreibern genauer hinzuschauen. Bei Sondernutzungserlaubnissen für Kioske soll zuvor geprüft werden, ob sie auch wirklich ökologisch korrekte Nahrung anbieten. „Damit wollen wir klar machen, dass sich unser Ansinnen nicht nur gegen McDonalds richtet, sondern wir insgesamt für mehr gesunde Ernährung sorgen müssen“, so Weesener.

Gerade diese Verbindung missfiel aber der SPD-Fraktion. Sie bezweifelte, ob der Bezirk überhaupt das Recht habe, einen Imbiss-Kiosk auf sein Öko-Angebot abzuklopfen und lehnte den Antrag ab. Gleiches tat auch die PDS, die wiederum den eigentlichen Anlass des Grünen-Begehrens, eben McDonalds, ironisch ins Visier nahm.

Michael Schill (CDU) warf den Grünen wiederum Scheinheiligkeit vor. Schließlich sei es ja der damalige Grüne Bau-

stadtrat und heutige Bürgermeister Dr. Franz Schulz gewesen, der die Baugenehmigung erteilt habe. „Und jetzt steht seine Partei ganz vorne auf den Barrikaden.“ Dass Schulz rein rechtlich diese Genehmigung erteilen musste, war auch ihm klar. Allerdings hätte der Bezirk ja auch darüber nachdenken können, ob er auf dem Grundstück eigene Pläne verwirklicht, zum Beispiel dort ein Jugendzentrum baut.

McDonalds hatte das Areal bereits im Jahr 2002 von der Deutschen Post gekauft. Seither, so klagten Schill und auch Joachim Pempel (PDS) sei darüber nicht mehr im zuständigen Ausschuss informiert worden.

Dass soll jetzt noch einmal passieren. Auf Vorschlag der SPD werden sich in die Ausschüsse für Wirtschaft, Gesundheit und Stadtentwicklung noch einmal mit dem Thema beschäftigen, tf